Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4–6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 23. Oktober 1926 — Nummer 237

Nur noch eine Woche!

Setzt alle eure Kräfte ein!

Erkämpft das rote Arbeitersachsen!

In der **letzten Woche des Wahlkampfes müssen wir alle** Kräfte anspannen, **um für die Ziele und Wege der Partei zu werben, um den Massen die Notwendigkeit des organisierten** Massenkampfes gegen die fortschreitende Verelendung und verschärfte Ausbeutung breitester werktätiger Schichten aufzuzeigen und sie für diesen Kampf zu gewinnen. Unsere Wahlarbeit und Werbetätigkeit soll und wird selbstverständlich in stark erhöhter Stimmenabgabe **für die Liste der Kommunisten** zum Ausdruck kommen. **Wichtiger, wesentlicher, notwendiger** aber ist die Steigerung der wirklichen Kampfpositionen der Arbeiter: z. B. das schärfere **Auftreten der Arbeiter in den Betrieben, die Stärkung der Betriebsräte**, der Zuwachs der freien Gewerkschaftler im Kampf gegen die rechten und „linken" Saboteure, die Franz, Winkler, Wirth — die von Leuten wie Siegmund (12. Kandidat der „Linken"), **offen gestützt** und geschützt werden; in der Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter auf **wirkliche** Erkämpfung menschenwürdiger Löhne, der Senkung der Arbeitszeit, der Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen zu Tariflöhnen usw. Dasselbe gilt für den festeren Zusammenschluß der Erwerbslosen um ihre Ausschüsse, für die Arbeit in Mieter- und Sportorganisationen, Genossenschaften, für die Kleinbauern und Mittelstandsbewegung. Also ist der Wahlkampf ein Mittel, den Massen anschaulich und eindringlich die Notwendigkeit zu zeigen: **Ihr selbst müßt auf den Plan treten!**

Gerade **aus diesem Grunde** dient unsere Arbeit zugleich dem **Kongreß der Werktätigen**, der

gegen die Parlaments-, gegen die Führerpolitik und gegen demokratische Illusionen die Wege des Massenkampfes zeigen soll.

Die Situation zur Werbung für die Partei ist jetzt günstig wie niemals zuvor. Gerade in den letzten Wochen haben die breiten werktätigen Massen Anschauungsunterricht über Parlamentarismus in so deutlicher Weise bekommen, daß sie uns recht geben müssen. Wir müssen nur an jeden einzelnen herangehen. Ueber 500 000 Werktätige des Erzgebirges und Vogtlandes haben am 20. Juni die entschädigungslose Enteignung der Fürsten verlangt. Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter haben gemeinsam geworben. **Wir haben damals gewarnt:**

Dieser Reichstag, diese Hindenburg-Regierung — sie werden nichts tun! Wir haben gefordert Auflösung des Reichstages, Absetzung der Reichsregierung und Hindenburgs, damals haben wir gefordert: Kongreß der Werktätigen zur Festlegung der Maßnahmen, um die Sabotage der Regierungen und Parlamente brechen zu können.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben uns vielfach nicht geglaubt. Noch schlimmer ist es gekommen, als wir vorausgesagt haben. Die Koalitionsregierung des Sozialdemokraten Braun in Preußen **hat die Hohenzollernforderungen bewilligt.** Immer und immer wieder **müssen wir den Massen zeigen: Wilhelm ist der reichste Mann Deutschlands geworden.** Er packt schon die Koffer zur Rückkehr nach Berlin. Drei Fürstendiener werden ihn empfangen:

Hindenburg, **der monarchistische Präsident dieser Republik,**

Marx, der **Reichskanzler, der republikanische Präsidentschaftskandidat,**

Braun, **preußisch-republikanischer Ministerpräsident,** der **sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat.**

Angesichts der Tatsache, der offenen, brutalen Verhöhnung des Massenwillens und des Massenelends, durch die Hohenzollern-SPD-Führer im Reich und in Preußen, halten es die sozialdemokratischen Führer Sachsens für möglich, daß sie mit allen Taschenspielertricks **bei der Arbeiterschaft Eindruck machen** können. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung" am 21. Oktober:

„Darum gilt es **im Kampfe gegen die Todfeinde der Arbeiterklasse die letzten Kräfte** anzuspannen. — Eine proletarische Mehrheit **muß von der Sozialdemokratischen Partei** getragen sein. Nur dann wird sie wirksam im Geiste August Bebels als

Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft."

Wir haben in unserer Presse **mehrfach das Sündenregister dieser** merkwürdigen Todfeinde aufgezählt. **Es liegt an unseren Genossen,** die sozialdemokratischen Klassengenossen beim Wort ihrer Führer zu nehmen. Und sie **werden so antworten müssen,** wie sozialdemokratische Arbeiter in der Funktionärversammlung in Köln ihren Führern zugerufen haben:

„Wir **sollen die Partei aus dem Kot ziehen, in den sie die Landtagsfraktion hineingezogen hat. Wir sind keine sozialistische Partei mehr."**

Die sozialdemokratischen **Arbeiter müssen die weitere Konsequenz ziehen** und, **wie sie in der Fürstenfrage begonnen haben,** weiter gemeinsam mit den Kommunisten **den Kampf für die** Fürstenenteignung weiterführen. Jetzt gerade heißt es: nicht locker lassen! Sonst wird der Bourgeoisie der Kamm noch mehr schwellen. Darum erst recht schärfster Kampf gegen die Koalitionspolitik, die ihre Früchte immer nur gegen das Proletariat und immer nur für die Bourgeoisie in Preußen und Sachsen im Uebermaß gezeitigt hat. Schärfster Kampf gegen die Silverberg-„Lelpart"-Politik mit Preisgabe des Streikrechts durch die Gewerkschaftsführer und die Einspannung der Gewerkschaften in den Kurs der kapitalistischen Rationalisierung (lies: schlimmsten Arbeiterschinderei) und der Trustpolitik gegen die gesamte werktätige Bevölkerung.

Die Mobilisierung hört also mit der Wahl **nicht** auf, sie wird fortgesetzt, **gesteigert.** Die Wahl gibt uns einen Gradmesser, inwieweit die Werktätigen und insbesondere das Proletariat ihre Aufgaben begriffen haben, inwieweit sie bereit sind

im Kampf um ihre Tagesforderungen in den Betrieben, Gewerkschaften, Genossenschaften, im gemeinsamen Kampf mit den Erwerbslosen das rote Arbeitersachsen, das kampfbereite, kämpfende Arbeitersachsen schaffen zu helfen.

Bei jeder Gelegenheit und immer wieder werden wir dabei gemeinsam mit der Arbeiterschaft und den übrigen Werktätigen Regierung, Parlament, Parteien, insbesondere die „linken" SPD-Führer, vor die Entscheidung stellen: Hier sind unsere Forderungen,

was gedenkt ihr zu tun?

Ungeachtet der Entscheidung der Amts- und Parlamentsstuben werden die Arbeiter im Betrieb und auf der Straße für ihre Interessen kämpfen. Den Willen der Arbeiter zu wecken, durch eigenen geschlossenen Kampf die Arbeiterinteressen zu vertreten; diesem Willen Ziele und Wege des Klassenkampfes nach den Beispielen der Arbeiter und Bauern Rußlands zu weisen: Imperialismus oder **Kommunismus**, kapitalistische oder proletarische Diktatur stehen in der Folgezeit immer klarer zur Entscheidung. Das soll der Sinn unserer Arbeit sein, darum werben wir für den Kongreß der Werktätigen, darum rufen wir den Arbeitern zu: **schafft ein rotes Arbeitersachsen**, indem ihr den Kampf gegen Unternehmerterror und sozialdemokratische Führersabotage aufnehmt, gegen den weiteren Vormarsch der politischen Reaktion, die im Zeichen der Koalitionspolitik marschiert.

Die sozialdemokratischen rechten Führer sind offen als Unternehmerknechte entlarvt. Die „Linken" **Böchel, Siegnoth, Liebmann, Arzt** haben diese **ASPS-Politik** ermöglicht, indem sie jedes aktive Auftreten der Massen zu verhindern suchten; sie wollen auch in Zukunft **keine** Mobilisierung der Massen:

sie sollen nur wählen, aber nicht selbst handeln!

Parteigenossen, nutzt die wenigen Tage aus! **Werbt für die Partei und für die Presse! Mobilisiert gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik! Laßt keine parlamentarischen Illusionen hochkommen! Werbt für den Kongreß der Werktätigen!** Der 31. Oktober muß zu einer großen Kundgebung für ein

rotes Arbeitersachsen

werden! Für die Lösung der Aufgaben des Proletariats und aller Werktätigen durch den Massen- und Klassenkampf in jeder Form, **bis zum Sturz der Bourgeoisie! Für den Kommunismus.**

Für die Liste der Kommunisten

Renner — Ulbricht — Schmincke.

„Wir machen den Schwindel nicht mehr mit!"

Rebellion der sozialdemokratischen Arbeitermitglieder gegen die Fürstenknechte. — Ablenkungsmanöver der „Dresdner Volksz.".

Berlin, 23. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend fand in der Feurigstraße in Berlin-Schöneberg eine SPD-Mitgliederversammlung statt, in der der Landtagspräsident Barthel referierte. Die Versammlung war eine katastrophale Niederlage für die SPD-Landtagsfraktion. Mit 112 gegen 51 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen wurde der SPD-Landtagsfraktion das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, obwohl der anwesende Molkenbour dies zu verhindern suchte. Während des Schlußwortes von Barthel verließ ein großer Teil der Zuhörer demonstrativ den Saal. Als Barthel wütend erklärte: „Es scheint, daß die Berliner Mitgliedschaft kommunistisch verseucht ist", wurde ihm geantwortet: „Wir sind keine Kommunisten, aber wir machen den Schwindel da oben nicht mit. Wenn du sagst: Ihr seid Kommunisten, so sagen wir: Ihr seid Monarchisten."

Die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die verräterische Haltung ihrer Führer in Preußen anläßlich der Bewilligung der Millionen für die Hohenzollern wird immer heftiger, die Zersetzung im Lager der SPD immer deutlicher. Die Arbeiter lehnen es ab, sich noch weiterhin von diesen Hohenzollernknechten verraten zu lassen. Die sächsischen Linken versuchen, diese Dinge abzuleugnen und durch eine verstärkte Kommunistenhetze die Arbeitermitglieder in der SPD vom Anmarsch in die Reihen der Kommunisten abzuhalten. Erst gestern wieder bringt die „Dresdner Volkszeitung" in ihrer Wahlbeilage eine Reihe von Schwindelmeldungen, um die Arbeiter gegen die Kommunisten aufzuputschen. Sie behauptet dreist und frech, die Kommunisten hätten die Reichswehrexekutive gegen Sachsen unterstützt und versucht damit, die Schuld der SPD-Führer zu verschleiern. Auch die Schwindelmeldungen, daß die kommunistischen Landtagsabgeordneten die Ausschußsitzungen nicht besucht hätten, werden erneut aufgewärmt, obwohl bereits in der „Arbeiterstimme" vom 20. Oktober diese niederträchtigen Wahllügen der SPD widerlegt worden sind. Die Absicht dieser linken Führer ist offensichtlich. Die Hetze gegen die Kommunisten soll dazu dienen, die SPD-Arbeiter noch weiterhin an die verräterischen Führer zu ketten. Es wird ihnen nicht gelingen. Das Beispiel in Berlin zeigt, daß die ehrlichen Arbeiter in der SPD es satt haben, noch länger die arbeiterfeindliche Politik der SPD-Führer mitzumachen. Es wird Aufgabe unserer Genossen sein, während der Werbewoche den sozialdemokratischen Arbeitern die Rolle ihrer Führer aufzuzeigen und ihnen klarzumachen, daß es für sie nur eins geben kann: **Heraus aus der Hohenzollern-SPD! Entschlossener Kampf in den Reihen der Kommunisten!**

Die Preise steigen!

Die auf den Stichtag des 20. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 13. Oktober um 1,8 v. H. auf 139,9 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse infolge der gestiegenen Getreide- und Kartoffelpreise auf 135,9 angezogen, während die Industriestoffe mit 123,2 unverändert bleiben.

Auslandswochenschau

Ein mißglückter Weltaufruf. — Englische Manöver gegen Thoiry. — Die Auferstehung der Botschafterkonferenz. — Neue Bedrohung Litauens. — Die britische Reichskonferenz.

A. R. Selten hat eine großangelegte Aktion ein so klägliches Ende gefunden wie der „Weltappell für den Wirtschaftsfrieden". Die gemeinsame Erklärung von Großkapitalisten aller wichtigen Länder Europas und der Vereinigten Staaten sollte der Weltpolitik neue Wege weisen. Mit sensationeller Reklame wurde das Erscheinen des Aufrufes angekündigt. Dann stellte sich heraus, daß es sich nur um ein englisches Manöver handelt, und nicht einmal um ein gutes. Der Inhalt des Manifestes ist außerordentlich mager. Um Europa die wirtschaftliche Gesundung zu geben, wird die Handelsfreiheit empfohlen. Der natürliche Konkurrenzkampf der einzelnen kapitalistischen Mächte schließt aber auch den Wirtschaftskrieg in sich. Der Zolltarif ist ebenso eine Kampfwaffe wie die Maschinengewehre. Es kann Zollbündnisse geben, ebenso gut wie militärische Bündnisse. Die volle Durchführung der internationalen Handelsfreiheit hätte aber die Ausschaltung der Widersprüche und Gegensätze des kapitalistischen Systems zur Voraussetzung. Das ist unmöglich, solange der Kapitalismus noch herrscht. Im Laufe des letzten Jahres sind die Gedanken einer mitteleuropäischen Zollunion öfter vertreten worden. Manche Kreise in Deutschland wie in Frankreich sind nicht abgeneigt, ein solches Ziel anzustreben. Das wäre der Endpunkt einer Entwicklung, an deren Anfang die deutsch-französische Eisenverständigung steht. Aber all diese Projekte liegen in weiter Ferne. Der Gedanke einer Zollfreiheit zwischen Europa, England und seinen Kolonien nebst Amerika ist reine Utopie. Ueberdies ist die Praxis der maßgebenden kapitalistischen Länder heute von dem Gedanken der Zollfreiheit weiter entfernt als jemals zuvor. Nicht nur Deutschland hat sein Hochschutzzollsystem, der französische Zolltarif schließt die fremde Wareneinfuhr noch mehr aus. Die Vereinigten Staaten denken nicht daran, ihre riesigen Zollmauern abzubauen und England selbst hat im Laufe des letzten Jahres sich immermehr von seinem alten Freihandelsideal entfernt. Das Weltmanifest ist also ein leeres Gerede. Zudem erklärten gleich nach seiner Veröffentlichung die französischen wie die amerikanischen Unterzeichner, daß sie eigentlich einem Mißverständnis zum Opfer gefallen seien. Die Engländer bleiben mit einigen deutschen Freunden allein.

*

Was bezweckten die englischen Großkapitalisten mit diesem Manifest? Daß es in London erdacht und niedergeschrieben wurde, steht fest. Die englischen Großbankiers waren sich selbstverständlich über die wirtschaftliche Wichtigkeit des Manifestes ganz im klaren. Aber sie wollten eine politische Demonstration.

Werbt und agitiert

für die Kommunistische Partei / für eure Presse, die „Arbeiterstimme" / für die Liste 5!
Morgen Sonntag alles heraus zur Arbeit!

SLUB
Wir führen Wissen.